

Dekarbonisierungsbonus Thüringen

– Fördergrundsätze –

Gemäß Ziffer 2.3. der Richtlinie vom 14.11.2022

Vorbemerkung

Der Freistaat Thüringen unterstützt in Form von Zuschüssen Vorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Reduktion von CO₂ nach Maßgabe der Richtlinie zum Förderprogramm Thüringen-Invest, dieser Fördergrundsätze und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) einschließlich der Verwaltungsvorschriften, der §§ 48, 49, 49a des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) jeweils in der aktuell gültigen Fassung sowie in Übereinstimmung mit den von der Europäischen Kommission aufgestellten Kriterien für De-minimis-Beihilfen, geregelt in der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013. Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.

Die Förderangebote des Bundes sind vorrangig in Anspruch zu nehmen.

A. Ziel der Förderung

Die Förderung von Vorhaben gemäß Ziffer 2.3.– Dekarbonisierungsbonus – hat zum Ziel, KMU der gewerblichen Wirtschaft bei der Abkehr von fossilen Energieträgern sowie von fossilen Rohstoffen zu unterstützen. Durch die Transformation der Produktion, die Steigerung der Effizienz betrieblicher Prozesse mit der Folge der Reduktion von CO₂-Emissionen soll die Förderung letztlich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU in Thüringen beitragen.

B. Fördergegenstand

Förderfähig sind die zum Vorhaben gehörenden Ausgaben in:

- klimaneutrale und nachhaltige Betriebsprozesse
- den Aufbau von Kreislaufsystemen
- Beratung und Schulung

im Unternehmen, einschließlich Ausgaben für Leistungen externer Dienstleister.

Prozesse im Sinne der o. g. Richtlinie sind zielgerichtete und wiederholte technische oder technisch-organisatorische Abläufe im Unternehmen, in denen

- a) ein Produkt hergestellt,
- b) Güter hinsichtlich wesentlicher Eigenschaften verändert oder in ihrer ursprünglichen Qualität wiederhergestellt,
- c) Sortier-, Verpackungs-, Logistik- und Transport-Leistungen erbracht

werden und zu deren Betrieb Energie und Ressourcen eingesetzt werden. Im Ergebnis der Produktion kann sowohl ein Produkt in Form eines Sachgutes und/oder eine Dienstleistung als immaterielles Gut im Sinne der o.g. Richtlinie stehen.

Gefördert werden Maßnahmen in:

Klimaneutrale und nachhaltige Betriebsprozesse, vor allem zu/m/r:

- Einbindung erneuerbarer Energien und Speichertechnologien in den Produktionsprozess;
- Systeme zur Nutzung oder Reduktion der Prozesswärme bzw. -kälte;
- Maßnahmen zur Steigerung der Energieflexibilität;
- Maßnahmen zur Vermeidung von Energieverlusten im Betriebsprozess;
- Investitionen in Verfahrensumstellungen, die zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen führen;
- Optimierung innerbetrieblicher Logistikprozesse;
- Anschaffung von CO₂-Bilanzierungstools.

den Aufbau von Kreislaufsystemen, vor allem:

- Maßnahmen zur stärkeren Kreislaufführung von Produkten und Rohstoffen und höherer Anteil sekundärer Rohstoffe;
- Maßnahmen zur Reduktion oder Substitution des Materialbedarfes;
- Einführung von produktionsbegleitender Sensorik zur Erfassung und zur Steuerung des Ressourcenverbrauchs.

Beratung und Schulung, vor allem:

- Beratung zur Einsparung und/oder Substitution von fossilen Energien und Rohstoffen;
- Einführung von CO₂-Bilanzierungstools;
- Konzepte zur Lebenszyklusbetrachtung;
- Machbarkeitsstudien, die der Produkt- und/oder Verfahrensumstellung zur Minimierung der CO₂-Emissionen im Unternehmen dienen;
- Schulungsmaßnahmen von Mitarbeitenden beim Antragsteller, sofern diese mit der Umsetzung der angeführten Dekarbonisierungsmaßnahme im Zusammenhang stehen.

Mit der Antragstellung muss eine Vorhabenbeschreibung eingereicht werden, welche die Maßnahme/n beschreibt und auf Basis einer Ableitung der erwarteten CO₂-Einsparungen eine Plausibilitätsprüfung erlaubt.

C. Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind Unternehmen, die zum Zeitpunkt der Gewährung (Bewilligung) die Definitionsmerkmale für KMU gemäß der Empfehlung der Kommission betreffend die Definition der kleinen und mittleren Unternehmen vom 06.05.2003 (Abl. Der EU L 124/36 vom 20.05.2003) erfüllen. Ein Unternehmen gilt als KMU, wenn es weniger als 250 Mitarbeiter beschäftigt und einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro unter Berücksichtigung der Besitz- und Beteiligungsverhältnisse erzielt.

Die Unternehmenstätigkeit muss auf eine tragfähige Vollexistenz ausgerichtet sein und einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg erwarten lassen (haupterwerbliche Tätigkeit).

Weiter muss der Antragsteller in der gewerblichen Wirtschaft (insbesondere verarbeitendes Gewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen, Baugewerbe sowie Handwerk und Handel), im Gastgewerbe, der Veranstaltungswirtschaft (ohne Freizeitwirtschaft) oder in den wirtschaftsnahen Freien Berufen tätig sein. Zu den wirtschaftsnahen Freien Berufen im Sinne Ziffer 2.3. der Richtlinie Thüringen-Invest gehören die Freien technischen und naturwissenschaftlichen Berufe und Designer. Zu den unternehmensnahen Dienstleistungen zählen Leistungen, die überwiegend von Unternehmen nachgefragt werden; insbesondere Leistungen, die produktbegleitend oder dem Produktionsprozess vor-/ nachgelagert sowie prozessbegleitend sind.

Folgende Bereiche sind von der Förderung ausgeschlossen:

- Unternehmen in Schwierigkeiten
- Nebenerwerbsunternehmen
- Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand (Beteiligung ab 25 Prozent)
- Unternehmen, an deren Förderung kein öffentliches Interesse besteht
- eingetragene Vereine, auch wenn sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten
- Bauträger
- Flughafeninfrastruktur
- Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung
- Betriebe der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und der Aquakultur sowie des Bergbaus
- Unternehmen des verarbeitenden Ernährungsgewerbes soweit bei der Herstellung/Verarbeitung Produkte entstehen, die Bestandteil von Anhang I des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind; Ausnahme: KMU des Fleischerhandwerkes sind förderfähig, sofern Zuschüsse für das Vorhaben nicht aus ELER-Mitteln gewährt werden. Ausgaben in die Schlachtung werden nicht gefördert.
- Aus- und Weiterbildungseinrichtungen
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- rechts- und wirtschaftsberatende Unternehmen und Freiberufler

- großflächige Einzelhandelsvorhaben (Verkaufsraumfläche > 800 qm; gilt nicht für die Branche Handel mit Kraftfahrzeugen)
- Vermittler- bzw. Maklergewerbe (z. B. Reisebüros, Agenturen, Immobilienbüros)
- im medizinischen/sozialen Bereich tätige Unternehmen und Freiberufler (z. B. Apotheken, Pflegeberufe, medizinische Fußpflege)
- Unternehmen der Freizeitwirtschaft (z. B. Diskotheken, Spielhallen, Fitnesscenter, Sauna, Solarien, Reiseveranstalter, Eventmanagement, Kinos)
- Vermietungs- und Verpachtungsleistungen
- Backshops (mit Ausnahme von Filialen klassischer Bäckereihandwerksbetriebe)
- Callcenter
- Detekteien
- Personenbeförderung

D. Zuwendungsvoraussetzungen

Gefördert werden kann, wenn:

- das Vorhaben in Thüringen erfolgt.
- die förderfähigen Ausgaben mindestens 5.000,00 Euro betragen und grundsätzlich 150.000,00 Euro nicht übersteigen. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme muss gesichert sein.
- mit dem geförderten Vorhaben kurzfristig begonnen und es grundsätzlich innerhalb von 12 Monaten beendet wird.
- mit dem Vorhaben zum Zeitpunkt des Antragseingangs bei der Thüringer Aufbaubank (TAB) noch nicht begonnen wurde. Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages. Als Anschaffungs- bzw. Herstellungszeitpunkt für einzelne Wirtschaftsgüter gilt der Tag der Lieferung bzw. der Tag der Endmontage (Nutzungsbereitschaft).
- ausschließlich Vorhaben durchgeführt werden, die in sich abgeschlossen sind (d.h. Ausgaben, die bereits Bestandteil vorangegangener Förderanträge waren, können bei Folgeanträgen nicht in die Förderung einbezogen werden).
- für dasselbe Vorhaben nicht bereits ein Förderantrag auf einen Zuschuss im Rahmen anderer öffentlicher Förderprogramme gestellt wurde oder wird.
- alle dem Unternehmen/ Unternehmensverbund („ein einziges Unternehmen“) gewährten De-minimis-Beihilfen den maximalen Gesamtbetrag (Beihilfewert) in Höhe von 200.000 Euro (100.000 € im Bereich gewerblicher Straßengüterverkehr) innerhalb des lfd. und der letzten zwei Kalenderjahre nicht übersteigen. Mit dem Antrag ist eine De-minimis-Erklärung einzureichen, in welcher alle erhaltenen De-minimis- und DAWI-De-minimis-Beihilfen einzutragen sind.
- die jeweilige Beihilfehöchstgrenze nicht überschritten ist. Thüringen-Invest-Zuschüsse nach Ziffer 2.3. der Richtlinie können für dieselben förderbaren Aufwendungen mit anderen Nicht-De-minimis-Beihilfen (wie z. B. bestimmte Darlehen der KfW oder TAB) kumulativ in die Finanzierung einbezogen werden. Zusammen mit anderen zur Finanzierung eingesetzten Beihilfen darf die jeweilige Beihilfehöchstgrenze der dafür zutreffenden Beihilferegelung nicht überschritten werden.
- dem Unternehmen nicht bereits zwei Zuschüsse nach Ziffer 2.3. der Richtlinie Thüringen-Invest gewährt wurden.

E. Art, Umfang und Höhe der Förderung

Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen gemäß der Richtlinie Thüringen-Invest als sogenannte De-minimis-Beihilfe gewährt entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013.

Der Zuschuss wird gemäß Richtlinie als projektbezogene Anteilsfinanzierung gewährt.

Die Förderung beträgt bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 15.000 Euro.

Zuwendungsfähige Ausgaben sind

- Ausgaben für die zur Umsetzung des Vorhabens notwendigen Investitionen gemäß Abschnitt B, soweit sie nicht unter Abschnitt E ausgeschlossen sind,
- Ausgaben für die Leistungen externer Dienstleister,
- Schulungen von Beschäftigten, die im Zusammenhang mit einem Dekarbonisierungsprojekt stehen (z.B. Einweisung in neue Software und Technik).

Im Bewilligungszeitraum anfallende Lizenz-, Nutzungs- und Systemservicegebühren sind für einen Zeitraum von maximal 12 Monaten förderfähig.

Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben und Aufwendungen für

- Investitionen in Anlagen, die der reinen Wärmeerzeugung dienen (Heizungsanlagen, Lüfter, Solarthermie);
- Investitionen in Anlagen zur Stromerzeugung (z.B. Photovoltaik);
- die Mehrwertsteuer bei Vorsteuerabzugsberechtigung;
- Eigenleistungen und Personalkosten;
- gebrauchte Wirtschaftsgüter;
- Aus- und Weiterbildung, soweit es sich nicht um Schulungen im Zusammenhang mit einem Dekarbonisierungsprojekt handelt;
- Wirtschaftsgüter, die über Leasing, Mietkauf oder Lieferantendarlehen finanziert werden;
- Reine Ersatzbeschaffungen für bereits vorher im Unternehmen verwendete Güter und Systeme;
- Leistungen und Wirtschaftsgüter, die von verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen (einschließlich aller Unternehmen, an denen mit den Gesellschaftern verwandte Personen, Ehepartner der Gesellschafter oder mit Gesellschaftern in nicht ehelicher Lebensgemeinschaft lebende Personen Anteil halten bzw. in einer Unternehmensbeziehung stehen) erbracht bzw. hergestellt oder erworben werden;
- die Anschaffung von bereits allgemein gebräuchlichen Wirtschaftsgütern.

Ebenfalls nicht gefördert werden Ausgaben/Ausgabenbestandteile, die bereits in anderen Förderprojekten vollständig bzw. anteilig bezuschusst wurden bzw. werden.

F. Antragstellung, Auszahlung, Verwendungsnachweis

Förderanträge können auf der Internetseite der Thüringer Aufbaubank (<http://www.aufbaubank.de>) heruntergeladen werden. Bitte beachten Sie jedoch, dass eine Bearbeitung erst erfolgen kann, wenn der TAB der Antrag mit erforderlichen Unterschriften im Original vorliegt.

Es können max. zwei Abrufanträge gestellt werden. Bewilligte Zuschüsse können nur ausgezahlt werden, wenn der Zuwendungsempfänger zum Zeitpunkt des Abrufes nachweist, dass die entsprechenden Rechnungen bereits bezahlt sind. Diese sind in einer Anlage zum Abrufantrag aufzuführen. Die Rechnungen und Bezahlnachweise in Kopie, ggf. weitere dem Vorhaben zugrundeliegende Belege, Verträge oder sonstige Unterlagen müssen mit dem Abrufantrag zu Prüfzwecken in der TAB eingereicht werden.

Der Verwendungsnachweis ist spätestens drei Monate nach Beendigung des Vorhabens, von einem Steuerberater/Wirtschaftsberater bestätigt, einzureichen.

Die Regelungen der Richtlinie Thüringen-Invest zu Ziffer 2.3. sind zu beachten.

G. Auskünfte

erteilen gern unsere Kundenberater*innen:

Mittelthüringen	Steffen Peschke	☎ 0361 7447-515	✉ mittelthueringen@aufbaubank.de
Ostthüringen	Monika Fulle	☎ 0365 833 67 338	✉ ostthueringen@aufbaubank.de
Nordthüringen	Kathrin Stracke-Wagner	☎ 0173 3924211	✉ nordthueringen@aufbaubank.de
Südthüringen	Jan Güssow	☎ 0361 7447-154	✉ suedthueringen@aufbaubank.de
Westthüringen	Marco Jahns	☎ 03691 88045 11	✉ westthueringen@aufbaubank.de